

Grundlagen einer politischen Zusammenarbeit
der Konfessionen.

Die gerade beendete Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung im neuen Südweststaat hat wieder gezeigt, welche entscheidende Bedeutung der politischen Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen zukommt. Darum hat sie in der Wahlpropaganda eine erheblich Rolle gespielt. Oft genug haben wir auch dort wieder gehört, daß eine Partei für sich in Anspruch nahm, die eigentliche und zuverlässigste Vertreterin evangelischer Interessen zu sein, oder daß eine andere die evangelischen Stimmen damit für sich zu gewinnen suchte, daß sie den evangelischen Wählern vorhielt, sie seien nur ein einflußloser Vorspann katholischer Politik.

Das Ergebnis der Wahl hat im Großen und Ganzen bewiesen, daß das nicht zum Erfolg geführt hat, sondern daß, besonders in Nordwürttemberg und Nordbaden, wo die Verhältnisse insofern besonders kompliziert lagen, die politische Zusammenarbeit sich wieder durchaus bewährt hat. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit die Frage einer solchen Zusammenarbeit zweifelnd erörtert und viele Fragezeichen gemacht werden, die man noch vor fünf Jahren nicht kannte. Ohne Frage erwächst diese Debatte zum Teil nicht einer echten Sorge, sondern dem Wunsch, durch das Erwecken von Zweifeln an der Möglichkeit einer solchen Kooperation sie selbst auf die Dauer zu beseitigen.

Ich meine, daß wir gefragt sind, was diese Zusammenarbeit bedeutet, wie sie gewachsen ist und welches ihre sachlichen Hintergründe und Ziele sind.

Der Versuch einer politischen Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen im Rahmen einer politischen Partei ist bis zum Zusammenbruch 1945 über ganz vereinzelte und bedeutungslose Ansätze nicht hinausgekommen. Man muß verstehen, daß das nicht nur politisch sondern auch kirchliche Gründe hatte. In der Abwehr der Kulturkampfpolitik Bismarcks ist der deutsche Katholizismus genötigt gewesen, sich zur Verteidigung seiner kirchlichen Position und zur Durchsetzung seines kirchlichen und politischen Willens schlagkräftige Organisationen auch parteipolitischer Art aufzubauen. Das ist ihm in der Folgezeit zusetzen gekommen. Auf evangelischer Seite hat es etwas Derartiges nicht gegeben. Die seit der Reformation bestehende enge organisatorische Verbindung der Landeskirchen mit dem Staat, die bis 1918 offiziell andauerte und auch heute noch weder organisatorisch noch geistig völlig verschwunden ist, gab den bewußt evangelischen Menschen eine sehr viel positivere Stellung zum Staat, selbst als dieser ein ausgesprochen christentumsfeindlicher geworden war. Das führte dazu, daß der evangelische Volksteil, soweit er kirchlich aktiv war, im staatlichen Sinne zuverlässig-staatstreu war. Soweit er infolge der Auswirkungen der marxistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts innerlich mit der Kirche nur noch wenig Kontakt hatte, oder soweit er durch die Übernahme liberalistischer Gedankengüter auch in den kirchlichen Bereich kirchlich labil geworden war, bezog er seine politischen Positionen aus diesen Haltungen heraus. Das führte dazu, daß der evangelische Volksteil sich zumeist politisch gegenseitig aufhob und niemals zu einem geschlossenen politischen Einsatz kam. Die wenigen Versuche, das zu ändern, etwa die Arbeit Stöckers und Naumanns, oder die Versuche des "Volksdienstes" in der Weimarer Zeit sind über kleinste Anfänge nicht hinausgekommen.

Erst im Hitlerstaat erkannten viele im Kampf um Glauben und Ordnung ihrer Kirche stehende evangelische Christen, daß sie aus ihrer Glaubenshaltung heraus auch zu einer politischen Entscheidung gerufen waren. Und sie sahen in einer vorher nicht vorstellbaren Weise zusammen mit allen anderen Christen in Deutschland, wohin ein Volk und ein Staat kommt, das den lebendigen Gott entthront und die unumschränkte Macht eines Menschen und seiner Bewegung an die Stelle Gottes setzt. Diese Erfahrungen haben nach dem Zusammenbruch katholische und evangelische Menschen in allen Teilen Deutschlands zu der Überzeugung gebracht, daß sie diese Erkenntnisse nicht als einen Vorgang der Vergangenheit ansehen dürften, sondern daß sie sie beim Neubau eines deutschen Staates und seiner Politik, d.h. auch in der Bildung von Parteien, berücksichtigen müssen.

Die seitdem verflossene Zeit hat vielen Leuten in Deutschland die Erinnerung an das, was vor 15 oder 10 Jahren war, wieder getrübt, wie ja überhaupt einer der maßgeblichen Fehler der Deutschen ihre Vergeßlichkeit ist. Sonst könnten sie z.B. angesichts des für alle Ausländer erstaunlichen Weges, den Deutschland, d.h. hier die Bundesrepublik, seit 1945 zurückgelegt hat, nicht in einer derart negativen Kritik bleiben oder auf eine solche Kritik immer wieder hereinfliegen. Mit dieser Vergeßlichkeit hängt es offenbar auch zusammen, daß viele Deutsche, die nach 1945 plötzlich die Kirche als eine für den Bau von Staat und Volk bedeutsame Größe angesehen haben, heute schon wieder erkannt zu haben meinen, daß es auch ganz gut ohne sie geht. Darum halten sie auch nichts mehr von einer christlichen Verantwortung in der Politik und von einer Zusammenarbeit der Konfessionen. Dieser Vergeßlichkeit und Oberflächlichkeit gilt es zu widerstehen. Dazu müssen einige sehr nüchterne und praktische Dinge getan und erkannt werden:

1) Wenn wir von einer politischen Zusammenarbeit der Konfessionen sprechen, dann meinen wir wirklich eine politische Zusammenarbeit. Es ist also unsinnig, etwa zu sagen, wie es immer geschieht, diese Zusammenarbeit habe die religiöse Spaltung Deutschlands, die seit der Reformationszeit besteht, überwunden. Das ist nicht ihre Aufgabe und kann es nicht sein. Die glaubensmäßige Auseinandersetzungen finden auf einer anderen Ebene statt und ihr Ergebnis beruht auf ganz anderen Tatsachen und Erkenntnissen als denen der politischen Arbeit. Es ist also falsch, die politische Zusammenarbeit damit als gescheitert anzusehen, daß in bestimmten glaubensmäßigen Fragen in den letzten Jahren gerade in Gesprächen und in gemeinsamer Arbeit, z.T. aber auch auf andere Weise, schärfere Profilierungen sichtbar geworden sind.

2) Man muß erkennen, daß man eine politische Zusammenarbeit nicht darauf aufbauen kann, wie mancher vielleicht gemeint hat, daß man die glaubensmäßigen Unterschiede unterschlägt oder abbaut. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben uns gelehrt, daß sich Menschen am leichtesten innerlich begegnen, die ihren Glauben ernst nehmen. Sie finden sich auch am ehesten zur Erfüllung gemeinsamer politischer oder sozialer Aufgaben. Die liberalistische Vorstellung, daß es möglich sei, Glaubensunterschiede dadurch auszumerzen, daß beide Seiten etwas von ihrer Überzeugung aufgeben und sich auf ein Mindestprogramm einig ist im Grundsatz und auf Grund unserer tatsächlichen Erfahrungen falsch. Wir wissen, daß die Menschen, die vom Glauben nur eine sehr oberflächliche Vorstellung haben, nicht die besten, sondern die schlechtesten Objekte für eine wirkliche Begegnung oder Zusammenarbeit sind. Das heißt mit anderen Worten: Die Begegnung der Konfessionen auf politischem Gebiet hängt davon ab, ob wir die Irrlehren des 19. Jahrhunderts endlich überwinden - einerseits die auch heute noch gepflegte Vorstellung, daß Religion eine für den politischen Bereich

unbeachtliche Privatsache sei, an der man mit uninteressierter Neutralität vorbeigehen könne, und andererseits die Vorstellung, daß der Mensch das Recht auf eine bindungslose Freiheit in allen Bereichen seines Lebens habe, auch dem des Glaubens, der Wirtschaft und der Politik. Die Zusammenarbeit der evangelischen und katholischen Menschen hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, den in einem Jahrhundert so entleerten Begriff der Freiheit auszufüllen und deutlich zu machen, daß der Glaube keine Privatsache ist, sondern den Menschen in eine öffentliche Verantwortung ruft, die er wie alle seine Taten vor dem Richtstuhl Gottes zu vertreten hat.

Schließlich bedingt die Zusammenarbeit eine echte Parität. Ich meine damit nicht eine Parität des Rechenstiftes, die stur neben einen katholischen Briefträger einen evangelischen zu setzen wünscht. Es geht um eine Parität der gegenseitigen Achtung. Das heißt: Beide Seiten müssen bereit sein, um der Zusammenarbeit willen nicht nur die eine Seite, sondern beide zu sehen. Jeder Versuch, unter Zurückstellung sachlicher Argumente die eigene Sache durchzusetzen und dabei die andere Seite zurückzudrängen, tötet die Zusammenarbeit. Das gilt insbesondere für die Personalpolitik. Wir sollten uns darüber einig sein, daß in jeder öffentlichen Personalpolitik die sachliche Eignung entscheidet, und daß es aus unserem Verständnis des Verhältnisses von Kirche und Volk eine notwendige Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß, wo es angeht, die öffentliche Verantwortung von Männern wahrgenommen wird, die sie als Christen wahrzunehmen bereit sind. Viele Misstimmungen, von denen in der letzten Zeit mehr oder weniger berechtigt gesprochen worden ist, haben ihren Ursprung nicht in großen Fragen, sondern - begründet oder nicht begründet - in kleinen Vorkommnissen in irgend einem Dorf, einer Stadt, einem Kreis oder Land, wo der eine dem anderen vorwerfen zu müssen meint, daß er diese Parität der gegenseitigen Achtung verletzt habe.

Wer will leugnen, daß es von beiden Seiten her geschehen sein kann! Das ist nicht entscheidend. Entscheidend ist aber, daß wir von beider Seiten daraus nicht Misstimmungen wachsen lassen, über die sich zuletzt immer nur der freut, der überhaupt keine christliche Position in der Politik will. Man kommt zu einer solchen Ordnung der Dinge nicht mit dem Rechenstift, sondern mit der offenen und vertrauensvollen Begegnung, die nicht hinter dem Rücken des anderen sein Versagen oder seine Fehler feststellt, sondern die zu einer wirklichen Aussprache bereit ist. Sie wird immer dann da sein, wenn die politisch entscheidende Aufgabe der Gemeinsamkeit erkannt wird.

4) Letztlich ist es entscheidend, daß Männer beider Konfessionen in der Politik jeder für sich und alle gemeinsam sich nicht vor Parteien und politischen Programmen letztlich verantwortlich wissen, sondern vor dem lebendigen Gott. Vor seiner Autorität sollten Misstimmungen, von denen man so viel redet, verschwinden, wenn sie aus menschlichen Gründen und politischen Gegebenheiten heraus auftauchen. Der Christ in der Politik hat eben nicht nur die Richtung oder die Front zum anderen, mit dem er mehr oder weniger gut zusammenarbeitet, sondern er hat eine Kompassnadel, die immer auf die absolute Herrschaft Gottes über uns alle ausgerichtet sein muß. Wenn es das nicht gäbe, gäbe es auch keine Zusammenarbeit der Konfessionen auf politischem Gebiet.